

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Raumsituation an Bremischen Hochschulen - Konzept schnellstmöglich vorlegen

Trotz der zahlreichen Erfolge Bremischer Hochschulen im Bereich der Forschung mehren sich immer mehr kritische Stimmen hinsichtlich der Situation der Lehre. Neben Fragen der inhaltlichen Studiengestaltung wird seit Jahren aufgrund der konstant hohen Bewerberzahlen auf die schwierige Raumsituation an der Universität aber vereinzelt auch an den Fachhochschulen im Land hingewiesen.

Zwischen 1990 und 2015 hat sich die Zahl der Studenten im Land Bremen von knapp 20.000 auf mehr als 32.000 vergrößert. Gleichzeitig wurde die Präsenzzeit infolge des Bologna-Prozesses deutlich erhöht. Die Auslastung der Vorlesungs- und Seminarräume kommt dadurch immer mehr an seine Grenzen, sodass Räume über ihre Kapazitäten belegt, die Veranstaltungen bis in die späten Abendstunden andauern und sogar private Räumlichkeiten angemietet werden müssen. Selbst der Wissenschaftsrat bemängelte in seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems des Landes Bremens“ vom Oktober 2013 diese Missstände.

Nachdem in der Vergangenheit mit den Neubauten für die Kognitionswissenschaften, die Meereswissenschaften, die Gesundheitswissenschaften und die Ingenieurwissenschaften der Schwerpunkt primär im Forschungsbereich lag, ist nicht zuletzt angesichts des hohen Sanierungsbedarfes an der Universität von mindestens rd. 162 Mio. € klar, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Der Senat muss nun schnellstmöglich eine IST-Analyse vorlegen, um den aktuellen sowie langfristigen Raumbedarf für die Lehre zu ermitteln, um auf dieser Grundlage Bau- und Sanierungsvorhaben planen zu können.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bis Ende des Jahres 2015 eine detaillierte Analyse der Raumsituation an den Bremischen Hochschulen vorzulegen, welche unter Berücksichtigung der langfristigen Wissenschaftsplanung und möglicher Kooperationen der Hochschulen untereinander bzw. mit privaten Einrichtungen darstellt, welcher Bedarf an weiteren Lehrräumen existiert und wie dieser gedeckt werden soll.

Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU